

SPÖ-Fraktion Gemeindebund / Grundsteuer

Grundsteuerreform ist ein Gebot der Fairness!

ÖVP und FPÖ gefährden mit Reformblockade die kommunale Daseinsvorsorge

Eisenstadt, 09. Dezember 2025 – Seit 42 Jahren wurde die Grundsteuer nicht mehr angepasst. Das führte für die Gemeinden zu empfindlichen Einnahmenverlusten. Die zwischenzeitlich massiv gestiegenen Kosten und die jüngsten Einnahmehausfälle (z. B. KöSt-Senkung, CO²-Bepreisung ausschließlich für den Bund usw.) bedrohen mittlerweile viele gewohnte Gemeindeleistungen in der kommunalen Daseinsvorsorge. Gemeindebund Vizepräsident Erich Trummer schlägt Alarm: „Die ÖVP und FPÖ blockieren trotz aufklaffender Finanzierungslücke die überfällige Reform der Grundsteuer und eine kurzfristige Anhebung des Hebesatzes von 500 % auf 750 %. Sie nehmen offensichtlich die bundesweite Gefahr einer Einschränkung von der Kinderbetreuung über Sicherheits- bzw. Ver- und Entsorgungsleistungen (Feuerwehr, Straße, Müll usw.) bis zu sozialen Freizeitangeboten (Bäder bis Vereinsförderungen) in Kauf. Eine Grundsteuerreform muss dringend kommen, um den Gemeinden wieder das Geld für ihre Leistungen zu sichern und um damit ihren BürgerInnen wieder Sicherheit geben zu können!“

Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Gemeindefinanzen, aber auch für mehr Fairness und Gerechtigkeit, wäre eine Reform der Grundsteuer. Trummer: „Die Grundsteuereinnahmen sind seit den 1970er-Jahren massiv gesunken. So lag im Jahr 1975 der Anteil der Grundsteuer bei 0,3 Prozent am BIP, im Jahr 2023 lag dieser Anteil nur mehr bei 0,16 Prozent des BIP. Daher ist eine Reform der Grundsteuer zügig umzusetzen und zeitgemäß anzupassen. Kurzfristig wäre eine Anhebung des Hebesatzes in jedem Fall erforderlich.“ Damit wäre ein wichtiger Beitrag zur finanziellen Verbesserung der Städte- und Gemeindestrukturen geleistet, um Schulen, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen uvm. in ihrer bisherigen Qualität und Vielfalt auch für die Zukunft zu sichern! Das Volumen beträgt hier knapp 400 Millionen Euro österreichweit!

Wie eine aktuelle ORF-Recherche belegt, ist grundsätzlich die Grundsteuerhöhe in Österreich nur ein Bruchteil dessen, was in vergleichbaren Ländern wie z. B. Deutschland, Schweiz, Großbritannien oder USA eingehoben wird.

Die über Jahrzehnte entstandenen höchst unterschiedlichen Bewertungszeitpunkte von Liegenschaften führten auch dazu, dass für vergleichbare Liegenschaften innerhalb einer Gemeinde bis zur zwanzigfachen Differenz der Grundsteuer vorgeschrieben werden muss. Trummer: „Das ist im höchsten Maße ungerecht und auch unfair gegenüber einem solidarischen Gemeindehaushalt. Es verstößt aus meiner Sicht auch gegen den Gleichheitsgrundsatz. Wenn ÖVP und FPÖ ihre Reformblockade nicht beenden, muss letztlich eine verfassungsrechtliche Klärung dieser Fehlentwicklung überlegt werden.“

Die Forderung nach einer dringenden Grundsteueränderung ist auch einstimmig im Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes verabschiedet worden, und auch der Österreichische Städtebund ist parteiübergreifend für diese Reform.

Trummer ist sich darin auch mit dem SP-Kommunalsprecher NR Bgm. Wolfgang Kocevar, dem GVV Österreich-Vorsitzenden Bgm. Andreas Kollross und den SP Kommunalsprechern und Kommunalsprecherinnen in den jeweiligen Landtagen einig, wie eine gemeinsame Konferenz vor wenigen Tagen nochmals bekräftigt hat. Im Burgenland, dem Heimatland von Trummer, soll bereits am kommenden Donnerstag im Landtag ein entsprechender Entschließungsantrag an die Bundesregierung verabschiedet werden.

Für die Gemeinden bleibt zu hoffen, dass auch die mehrheitlich schwarz-blau bzw. blau-schwarz regierten Bundesländer einlenken und eine Grundsteuerreform für mehr Fairness und Gerechtigkeit, aber auch für ein seriöses Entgelten der Gemeindeleistungen eintreten.

Bgm. Erich Trummer

Gemeindebund Vizepräsident

Mag. Herbert Marhold

Fraktionsgeschäftsführer SPÖ-Fraktion GB

Telefon: +43 2682 775 254

E-Mail: office@gvvbgld.at

Dateianhang: Trummer_Portraet_2025.jpg